

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 049-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.261

Eingereicht am: 10.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 17.03.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Berner Reitschule – Muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert? Nein: Darum muss jetzt die Berner Regierung Verantwortung zeigen!

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Aufforderung an den Gemeinderat der Stadt Bern, die Reitschule für mindestens einen Monat zu schliessen.
2. Durchsetzung via Kantonspolizei, dass in und um die Berner Reitschule kein rechtsfreier Raum geduldet oder gar zugelassen wird.
3. Nutzung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten und dies mit höchster Priorität, um die Täterschaft der Gewaltexzesse mit elf verletzten Polizisten bei der Berner Reitschule dingfest zu machen.
4. Einreichung einer Standesinitiative mit der Forderung nach massiv strengeren Strafmassnahmen bei Gewalt gegen Angehörige von Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr, Sanität).

Begründung:

Einmal mehr wurde die Schweiz Zeugin, dass die Berner Reitschule ein Hort für kriminelle Chao-ten ist. Feuerwehr- und Polizeikräfte wurden mit teils handgrossen Steinen und Feuerwerkskör-per angegriffen, dabei wurden elf Polizisten verletzt.

Eine traurige Bilanz, seit Jahren vergeht kaum ein Monat ohne Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Der negative Höhepunkt ereignete sich nun, als Linksradikale zwei Strassenbarrika-den errichteten und diese in Brand setzten. Der Aufschrei ist gross, doch ist zu erwarten, dass die rot-grüne Politik einmal mehr nichts gegen die radikalen Reitschüler unternehmen wird. Die grossmundige Ankündigung von SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät, das Dossier Reitschu-le als «Chefsache» zu behandeln, hat sich als reine Schönfärberei erwiesen. Es liegt nun am Kanton, hier sich aktiv einzubringen und das Feld nicht mehr Leuten zu überlassen, die den schönen Worten nie Taten folgen lassen.

Begründung der Dringlichkeit: Elf verletzte Polizisten, und die Bürgerinnen und Bürger erwarten nun eine rasche Lösung und nicht mehr nur Worte, sondern Taten.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat